

COVID-19 Briefing intern

1 Medizinische Situation in Südafrika und Simbabwe

Medizinisch ist vieles unklar. Vor allem in Simbabwe. Trotz der Nähe zu Südafrika, wo es einen raschen Anstieg der Fallzahlen gibt, sind in Simbabwe nach fast sieben Wochen Lockdown erst 36 COVID-19-Fälle bestätigt (Stand: 11.5.2020)

Dafür gibt es bereits eine Malaria-Epidemie in den traditionellen Malariagebieten im Süden des Landes. Doch diese Gebiete grenzen an Südafrika, und viele SimbabweInnen überqueren regelmässig die Grenze (was übrigens aktuell allenfalls nur noch illegal möglich ist). Gerade das Beispiel Malaria zeigt ein grosses Problem für die Menschen: Wer Fieber hat, sollte unbedingt an einem Gesundheitsposten auf Malaria getestet werden – gleichzeitig wollen die meisten Menschen verständlicherweise nicht zu einem Gesundheitszentrum und einige werden durch Sicherheitskräfte sogar daran gehindert. So sind die schwachen Gesundheitsdienste noch weiter weggerückt von den Menschen.

Was man leider schon mit grosser Sicherheit sagen kann: Dass sich vor allem Simbabwe zu langsam vorbereitet. Ärzte kritisieren insbesondere, dass der Lockdown kaum genutzt wurde, um mittels Tests die bisherigen Fälle besser nachzuverfolgen. Noch immer gibt es nur wenige Intensivbetten im ganzen Land und das Gesundheitspersonal hat noch immer kaum Schutzausrüstung, obwohl es sich diese vor dem höchsten Gericht erstritten hat. Wer in Simbabwe an COVID-19 erkrankt und medizinische Hilfe braucht, wird diese nicht erhalten. Ausser, die internationale Gemeinschaft engagierte sich mit voller Kraft dafür.

Besonders in Simbabwe also zeigen sich jetzt die dramatischen Auswirkungen eines zerfallenen öffentlichen Gesundheitssystems. Es gibt durchaus Stimmen, die hervorheben, wie viele Bemühungen man sieht, aus Kreisen der Gesundheitsbehörden und Privaten, an der Situation etwas zu ändern. Was man sicher sagen kann: viele der nach einem Streik entlassenen Pflegefachkräfte wurden inzwischen wieder eingestellt.

2 Zu wenig Information

Fehlende und falsche Informationen stellen eine grosse Herausforderung dar. Selbst junge Menschen in den städtischen Gebieten fühlen sich schlecht informiert. Hier können fepa-Partner wie YETT viel tun: Sei es mit Radiosendungen, bei denen man auch Fragen stellen kann, sei es mit einer Kampagne auf den sozialen Medien. Gerade in den schlecht erschlossenen Randgebieten gibt es aber kaum Informationen, die die Ursachen und Verlauf von COVID-19 erklären. Im Gegenteil florieren alternative Erklärungsmodelle, die nicht unbedingt hilfreich sind. Andererseits haben lokale Gemeinschaften historisch gewachsene Vorstellungen über Epidemien, die für den Umgang mit COVID-19 nützlich sein könnten.

3 Alltag im Lockdown – Hunger und Verarmung

Siehe Beilage zum fepa Mitteilungsblatt. Ergänzend könnte man noch darauf hinweisen: es gibt natürlich noch besonders verletzte Gruppen: Strassenkinder, Obdachlose. Da gab es in Südafrika skandalöse Zustände.

4 Der Lockdown wird mit Gewalt durchgesetzt - Gefahr für Menschenrechte

- Der Lockdown wurde in Südafrika und Simbabwe mit nur wenig Vorlauf erlassen. In Südafrika war sofort klar, dass das Militär dafür auf die Strassen beordert wird.

- Die Militarisierung ist eine Gefahr für Demokratie und vor allem für Menschenrechte:
- Schlecht ausgebildete Sicherheitskräfte setzen den Lockdown teilweise ohne Rücksicht auf die verfassungsgemässen Grundrechte durch. Viele Fälle von Übergriffen von ungesetzlichen Verhaftungen bis hin zur Folter sind bereits dokumentiert.
- Es kommt zu Übergriffen gegenüber einfachen Bürgerinnen, die von Sicherheitskräften verprügelt und gedemütigt wurden, wenn ihnen die Polizei nicht glaubte, dass sie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe leisteten, oder wenn sie tatsächlich gegen die Regeln verstiesen; das Gleiche gilt für KleinhändlerInnen. An einigen Orten wurde gut organisierte Nachbarschaftshilfe aber auch gezielt unterbunden, wohl aus politischen Gründen. Und es kam aber auch zu mehr als einem Dutzend Misshandlungen von JournalistInnen, welche die Lage in den Strassen dokumentieren wollten. Insgesamt wurden bereits Übergriffe auf mehr als 400 Personen dokumentiert, ein junger Mann kam zu Tode. Über viele ähnliche Fälle wird berichtet.
- Beängstigend ist, dass unter dem Ziel der öffentlichen Hygiene in Simbabwe Städten zuerst publikumswirksame Desinfektionsaktionen (zum Beispiel mit Wasserwerfern der Polizei) durchgeführt wurden; aber dass sich diese inzwischen zu einer mit Bulldozern durchgeführten Abbruchkampagne aller selbstgebauten Marktstände in den Städten ausweitet hat.
- Neuere Infos nur aus dem Distrikt Chipinge siehe unter diesem [link](#) (führt zum Anhang innerhalb dieses Dokuments).

5 Lokal angepasste Massnahmen statt Copy/Paste – schlaue lokale Lösungen gesucht

In Südafrika mit seinen fundamentalen Unterschieden des Lebensstandards besteht die Gefahr, dass ein Lockdown **als eine Schutzmassnahme für „die Weissen“ angesehen wird, die wieder einmal ohne Rücksicht auf die arme Mehrheitsbevölkerung durchgesetzt wird.** Bisher ist dies noch nicht so dramatisch, obwohl einige lokale Proteste schon berichtet werden. Präsident Ramaphosa gilt weiterhin eher als Held und noch nicht als Verräter.

Umso mehr wäre es von Bedeutung, dass die Massnahmen die verschiedenen Bedürfnisse der Menschen in Südafrika gut abwägen. Dafür taugt ein Copy/Paste-Vorgehen wenig. Unsere Beschreibung über Simbabwe zeigt, dass es gutes Fingerspitzengefühl und Augenmass bei den Massnahmen braucht, da sonst nicht nur die Produktion, sondern eben auch die Versorgung der Bevölkerung zusammenbricht.

In einem Papier u.a. von Claris Madhuku wird gefordert¹: Statt totalem Stillstand braucht es Gesundheitsschutz in der Produktion; Unterstützung für eine sichere Logistik, sowie ein intelligentes neues Marktregime, das ausreichende Hygiene und Physical Distancing ermöglicht. Eine Herkulesaufgabe, welche schlaue Köpfe und die Kooperation der Bevölkerung fordert.

6 Staatliche Investitionsprogramme und die Schuldenfrage

Südafrika hat inzwischen ein sehr umfangreiches Investitionsprogramm über 500 Milliarden Rand (oder 25 Milliarden Franken, entspricht 7,2% des südafrikanischen BIP) beschlossen. Dieses Programm entstand unter dem Druck der Zivilgesellschaft, aber auch der Märkte. So ist die lokale Währung Rand, im Umfeld der COVID-19 Krise um rund ein Drittel zerfallen.

In Simbabwe hat der Staat wohl tatsächlich keine solchen Möglichkeiten und er setzt allenfalls auf staatlichen Dirigismus, um sich das Gefühl von Kontrolle zu erhalten: Der Wechselkurs des Zim-

¹ <https://www.plaas.org.za/zimbabwes-covid-19-lockdown-ensuring-the-right-to-food-for-the-poor/>

babwe-Dollars wurde fixiert, Preise festgelegt. Solche Massnahmen sind aber nicht als Grundlage für die notwendigen Anpassungen und Investitionen in der Zeit nach COVID-19 geeignet.

Investitionsprogramme alleine sind allerdings auch nicht die Lösung. In Südafrika besteht eine reelle Gefahr, dass mit dem Krisenprogramm auch eine neoliberale Welle über das Land rollen wird. Die kritische Frage ist also: Gibt es also eine demokratische Kontrolle über diese Programme?

In Simbabwe ist gerade dies ein grosses Problem. Der COVID-19-Lockdown ist auch ein Demokratie-Lockdown. Die grossen Ausgaben, welche die Regierung angekündigt hat werden am Parlament vorbeigeführt. Unter dem Druck der Regierung und internen Mechanismen zerfleischt sich die Opposition gegenwärtig selber. Niemand kontrolliert so, wie die riesigen Ausgaben finanziert werden sollen. Dabei ist es brenzlich: Es besteht eine grosse Inflationsgefahr. Dazu kommt, dass das staatliche Bail-Out Programm seine Prioritäten nicht unbedingt zukunftsorientiert setzt.

Wichtig wäre, dass jetzt sämtliche Schuldendienste gegenüber den internationalen Geldgebern ausgesetzt werden. Dies vor allem, bevor man sich bei den Gebern zu unklaren Bedingungen neu verschuldet. Ein solches Vorgehen fordert die südafrikanische und simbabwische zusammen mit der internationalen Zivilgesellschaft. Die Forderung aus unseren Kreisen lautet, dass die Geber bewusst mit à-fonds-perdu-Beiträgen in Krise und Neustart helfen (z.B. Debt Jubilee Campaign).

7 Soziale Sicherungsnetze sind eine Chance

Südafrika hat bereits einige Instrumente, um die sozialen Sicherungsnetze unbürokratisch und fair auszubauen. Es gibt ein Bezugssystem für Kinderzulagen und Unterstützungsbeiträge im Alter. Sozial eingestellte Akteure fordern, dass bereits bestehende Unterstützungen an Benachteiligte (zum Beispiel das momentan obsolete Schulmahlzeitenprogramm) in diese Kanäle umgeleitet werden und dass die Beiträge in diesen Systemen vorübergehend erhöht werden können. Wichtig sind verstärkte Massnahmen, zum Beispiel für die zunehmende Zahl von Menschen ohne Arbeit.

Auch Simbabwe hat Geldhilfe für die Ärmsten angekündigt. Schon vor der Krise hatten sich die zuständigen Ministerien als unfähig erwiesen, ein Auszahlungssystem für Beihilfen zu etablieren, das den gesetzlichen Anforderungen gerecht wurde. Und die bisher bekannten Parameter des Notsystems sind enttäuschend. Der Finanzminister hat angekündigt, einen Algorithmus würde die Menschen bestimmen können, die Anspruch auf Unterstützung haben. Der in Aussicht gestellte, überall herumgeisternde, Betrag von 180 Simbabwe Dollars für einen Monat, ist lächerlich. Auf dem Schwarzmarkt entspricht er nur etwa 4 USD, gerade genug für ein paar Laibe Brot. Diese Art von Versprechen, die auch in der vierten Woche des Lockdowns noch nicht eingelöst sind, sagt leider alles über das Fehlen eines ernst zu nehmenden Versuchs in Simbabwe, der Krise mit adäquaten Taten zu begegnen und die Ärmsten zu schützen.

Immerhin sind in Simbabwe angesichts der bereits anhaltenden Dürre schon recht umfangreiche Programme für Nahrungsmittelhilfe an Haushalte angelaufen. Diese sind zwar jetzt wegen Hygienemassnahmen komplizierter in der Umsetzung und leider auch unzuverlässiger geworden, sind aber immerhin eine Basis um schon mal viele zu unterstützen, die vor der Krise bereits in Not waren. Und auf staatlicher Ebene wäre das jetzt endlich der Moment um einen neuen Weg zu beschreiten, was die Ausgestaltung der sozialen Sicherungsnetze angeht: Der informelle Sektor muss Teil der Sozialwerke werden.

8 Smarte Lösungen fördern: Diverse Sichtweisen, statt Dirigismus und Autoritarismus

Die Aktiven in der Zivilgesellschaft haben in der Krise nicht unbedingt weniger zu tun – auch wenn viele reguläre Aktivitäten derzeit nicht durchgeführt werden können. Wo zum Beispiel die NGOs,

auch unsere Basisorganisationen, vorher im Rahmen von Projekten wirkten, führen sie jetzt Informationsvermittlung und Dienstleistungen für die Ärmsten durch. Diese sind zwar nicht immer durch «Projekte» gedeckt, aber es ist spürbar, dass GeberInnen Flexibilität signalisieren.

Eine besonders grosse Rolle spielen die NGOs und aktiven BürgerInnen in dieser Zeit aber auch als IdeengeberInnen und kritische BeobachterInnen der Durchführung der erlassenen Massnahmen und der Hilfeleistungen. Viele haben kluge und praktikable Lösungen und sie kennen die Nöte, Anliegen und Sichtweisen der Menschen und müssen diese vertreten.

Der Lockdown ist ein Problem. Wie ist eine gute Meinungsbildung unter allen MitbürgerInnen möglich, wenn das bisher wichtigste Instrument, der persönliche Kontakt mit den Menschen, nicht mehr zugelassen ist? Hier braucht es eine angepasste Förderung des Austauschs und der Dialogfähigkeit von Partnerorganisationen (Mobilität, Hygiene im Kontakt etc).

9 Zivilgesellschaftliche Forderungen in Südafrika

Simbabwe und Südafrika haben eigentlich recht lebendige Zivilgesellschafts-Organisationen. Sie sind fähig, gute Vorschläge und Forderungen zu unterbreiten, und stützen sich dabei oft auf ein Netzwerk von vielen Aktiven ab, die über das ganze Land verteilt sind. Ein guter Spiegel dieser Arbeit in Simbabwe ist die Plattform www.kubatana.net, wo diese Organisationen ihre Berichte publizieren.

In Südafrika hat sich eine breite Allianz organisiert und klare Forderungen gestellt. Auch die südafrikanischen Partnerorganisation von fepa unterstützt die Positionen, wie sie auf der Plattform der Allianz dargelegt sind: <https://c19peoplescoalition.org.za/poa>

Der Kern der Forderungen der Allianz:

- Haushalte brauchen Einkommen und sie brauchen Ernährungssicherheit.
- ArbeiterInnen brauchen Gesundheitschutz bei der Arbeit und Schutz vor ungerechtfertigter oder unrechtmässiger Entlassung. Unsere Partner in Südafrika, deren Weiterarbeit auf den Farmen als essenzielle Arbeit auch unter dem Lockdown gilt, haben darum dringliche detaillierte Forderungen und klare Vorschläge an Staat und Arbeitgeber formuliert.
- Die Anstrengungen zum Schutz der Gesundheit, beginnend beim Zugang zu Wasser, müssen intensiviert werden.
- Anpassungen an die Bedürfnisse des Kleinstgewerbe und für die Bedürfnisse der Migrantinnen ein. Das ist wiederum für die Menschen in den umliegenden Ländern von grösster Bedeutung, darunter mindestens eine Million SimbabweInnen in Südafrika.
- Und nicht zuletzt braucht es Mitsprache und einen Schutz der demokratischen Rechte und grundlegender Menschenrechte. Auch in Südafrika ist das Parlament geschwächt und es kommt zu Übergriffen durch Sicherheitskräfte.

10 Simbabwe: Politisierung der Hilfe statt Inklusion

In Simbabwe bereitet die Politisierung und Korruption der Hilfe grosse Sorge. Hier mehren sich bereits jetzt wieder die Berichte über Hilfsleistungen, die von ParteifunktionärInnen abgezweigt werden, sowie über die Liste für EmpfängerInnen, die auf parteipolitische Ziele Rücksicht nehmen, statt auf Bedürfnisse der Menschen.

Wenn die Regierung ihre Hilfe intransparent vergibt, sinkt rasch auch die Glaubwürdigkeit der COVID-19 Massnahmen. Gerade unser Partner YETT hat sich bemüht junge Menschen aufzuklären und zu überzeugen, sie zuhause zu bleiben. Aber das kann nur gelingen, wenn junge Leute auch einsehen, wieso sie das tun sollen und dass sie damit wirklich zum Nutzen der Gesellschaft han-

deln und nicht zum Gewinn der Regierungspartei. Darum drängt YETT auf Rechenschaft und Transparenz.

Die internationalen Geldgeber haben sich in den letzten 18 Monaten in Simbabwe zu Recht sehr zurückhaltend gezeigt. Sie helfen begrenzt, solange es nicht zu einer Demokratisierung und Öffnung kommt. Allerdings kommt die humanitäre Hilfe oft mit weniger hohen Anforderungen und scheint apolitisch oder neutral besonders wenn sie durch die grossen internationalen Organisationen ausgeschüttet wird. Dabei ist das gerade in Simbabwe nicht adäquat, wo auch diese Hilfe letztlich vom Apparat der Regierungspartei kontrolliert wird. So stehen wir vor einem Dilemma: angesichts der vielen dramatischen Folgen braucht es die grossen internationalen Organisationen, andererseits kann wohl nur eine lokalisierte Form der Hilfestellung vermeiden, dass die COVID-19 Hilfe militaristische, korrupte, undemokratische Strukturen fördert.

Problematisch ist auch, welche Hilfe die Regierung annimmt und wie sie es tut. Der chinesische Multi Huawei hat seit 2009 keine Steuern gezahlt, wie Kritiker monieren, aber tut sich jetzt mit Hilfslieferungen hervor. Noch schlimmer steht es wohl um Sakunda, bis vor kurzem sehr eng verbandelt mit Trafigura, welche immer wieder zum Financier der ZANU-Politik wird und sich auch jetzt wieder, in den Worten des Präsidenten, «als Lieblingsapostel von Jesus» beweise.

11 Auswirkungen auf Frauen

Zuletzt zeigen der Klimawandel und die Katastrophe nach dem Wirbelsturm Idai, dass Frauen in Krisen exponiert sind und härter davon getroffen werden. Ihre Sicherheit und Gesundheit stehen auf dem Spiel und sie müssen noch härter darum kämpfen, um die Kinder und sich zu ernähren.

Mit COVID-19 haben die Frauen, die fast ausschliesslich im informellen Sektor tätig sind, ihre Einkommensgrundlagen verloren. Die durch die Massnahmen unterbrochene und unsichere Mobilität nimmt ihnen auch die Möglichkeit, alternative kleine Geschäftsformen zu suchen. Sie haben dafür auch weniger Zeit zur Verfügung, denn Einkauf, Wasserholen und andere Aufgaben nehmen aktuell mehr Zeit in Beschlag.

Diese Tätigkeiten sind auch mit unvermeidbaren höheren Ansteckungsrisiken für COVID-19 verbunden. Viele berufstätige Frauen sind auch in Simbabwe in essentiellen Sektoren beschäftigt, wo sie einem höheren Risiko ausgesetzt sind, zum Beispiel in der Pflege. Gleichzeitig werden es die Frauen sein, die unter einer Überlastung des Gesundheitswesens leiden. Schlechte Gesundheitssysteme sind meist an eine hohe Müttersterblichkeit gekoppelt.

Schliesslich beobachtet fepa-Partner PYCD zurzeit doppelt so viele Fälle von geschlechtsbasierter Gewalt wie in der Zeit vor Covid-19 (110 statt 62 Fälle innert dreier Wochen). Die Fälle sind sehr divers, aber es wird deutlich: statt trauter Zeit im Familienkreis bringt der Lockdown zusätzliche Belastungen für Ehepaare, gerade wenn sie nur von der Hand in den Mund leben. Der Lockdown scheint von einigen Tätern ausgenützt zu werden, die sich im Privaten mehr Übergriffe erlauben.

12 Sehr sehr sehr dramatische Zuspitzung der humanitären Krise in Simbabwe

Dieses Szenario ist wahrscheinlich. Zimbabwe dürfte ganz an die Spitze der Aufmerksamkeit von World Food Program und anderen rücken, weil hier Klima- und menschengemachte Krisen und jetzt noch COVID-19 zusammenkommen.

13 Furcht im Süden, dass der Norden die Brücken einstürzen lässt

Von diverser Seite habe ich jetzt gehört, dass man denkt, der Norden würde sich nur noch um sich selbst kümmern.

14 Anhang: COVID-19: Beobachtungen aus Chipinge District

Durchsetzung des Lockdown

- Viele berichten von Schlägen und Drangsalierungen der Polizei.
- In den sehr abgelegenen Orten geht das Leben seinen gewohnten Gang.
- Polizei setzt Regeln durch, muss aber gleichzeitig auch Einkaufen und steht also mit in den engen Warteschlangen
- Obwohl der Lockdown bis am 17.5 verlängert wurde, aber weil gleichzeitig auch schon über Lockerungen danach gesprochen wurde (die per 4.5 nur unter strengen Auflagen für die Arbeit im formellen Sektor gilt) haben sich bereits viele so verhalten, als würde das normale geschäftige Leben wieder beginnen.
- Inzwischen setzen Sicherheitskräfte vor allem eine inoffizielle, umfassende Maskentragpflicht in der Öffentlichkeit durch. Das informelle Wirtschaftsleben auch in den Kleinstädten wieder fast normal.
- Reisebeschränkungen sind v.a. praktischer Natur (es fahren nur wenige Busse etc). Viele Menschen sind am Strassenrand gestrandet.

Lokales Verständnis von COVID-19

- Die apostolischen Kirchen halten sich nicht an die Regeln, sie fühlen sich von COVID-19 nicht betroffen.
- Aus dem Dorf Mariya wird von einem Selbstmord eines Mannes berichtet, der mit Grippesymptomen und Husten aus Mozambique einreiste. Er wurde offenbar stark stigmatisiert, auch von der eigenen Familie, und hat sich erhängt.
- Lokale und kreative Masken sind beliebt. Sie geben den Menschen auch wieder die Möglichkeit an (Hilfs-)güter zu kommen.

Begräbnisse

- Der offiziell zum Nationalheld erklärte Leonard Tsidzirayi Makwambeni wurde vorletzte Woche begraben, dabei konnte Lockdown nicht ganz durchgesetzt werden
- Auch andere Begräbnisse bringen grössere Menschenansammlungen

Verschiebungen in der lokalen Ökonomie

- Verkaufspreise für Bäuerinnen für ihre Produkte wie Früchte und Gemüse sind sehr gefallen
- Vermehrte Fischerei in Save River
- Grosser Markt für lokale Spirituosen und Biere. Dabei auch sehr harte, auf Ethanol basierende, Getränke, die offenbar momentan einen grossen Markt, gerade unter Jugendlichen, finden.
- Aus gesundheitlicher Sicht problematisch ist, dass viele Menschen jetzt reisen um von ihrem Arbeitgeber zu erfahren, ob sie wieder zur Arbeit erscheinen dürfen/müssen oder weil sie auf der Suche nach temporärer Arbeit sind.

Korruption und Geschäftemacherei

- Viele Diebstähle in den Feldern, weil die Leute zuhause festgehalten werden – Verdacht auf eine Kollusion von Polizei, die den Lockdown durchsetzen und Dieben
- Zucker ist gegenwärtig knapp, oder verknapp, was auch mit den staatlich festgesetzten Preisen zu tun hat. Lange Schlangen, eingekauft wird teils auch für den Wiederverkauf auf Marktpreisniveau (etwa doppelt so teuer).
- Die alltägliche Korruption steigt an, insbesondere versuchen sich Ladenbesitzer einen Vorteil zu verschaffen, in Bezug auf den Zugang zu knappen oder subventionierten Gütern und verlängerte Öffnungszeiten.

Hilfsleistungen

- GOAL Zimbabwe mit Mais-Paketen, die sind für viele in Chipinge offenbar die einzige Hoffnung, denn die staatlichen Hilfsprogramme sind noch nicht angekommen.

Grenzregion Chipinge:

- An der Grenze zu Mozambique und nahe an Südafrika gelegen, kommen offenbar vermehrt Menschen illegal über die durchlässige Grenze (Re-Migration; Cross-border Handel). Das führt auch zu Konflikten, weil man Angst vor der Krankheit hat.